

51. dbb Jahrestagung in Köln:

Bundvorsitzender Heesen bekräftigt Forderung zur Einkommensrunde – Kritik an Regierungskoalition

(dbb) Mit der Einstimmung auf eine schwierige Einkommensrunde 2010 im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen und deutlicher Kritik an der Innenpolitik der schwarz-gelben Regierungskoalition hat der Bundesvorsitzende Peter Heesen am 11. Januar 2010 die 51. Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion in Köln eröffnet. Zudem forderte er angesichts der wachsenden Zahl von Übergriffen auf Polizisten, Strafvollzugsbedienstete, Ordnungskräfte und Lehrer dazu auf, den öffentlichen Dienst zu einem „Vorbild für Verantwortung“ zu machen und „so einen wertvollen Beitrag zu leisten zur Gewissensbildung in unserer Gesellschaft“. Vom VBGR nahmen Jürgen Mume und Franz Gotsis teil.

Geschäftsstelle München

Morassistraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jürgen Mume
Telefon 089.2195-3024

Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.de
www.vbgr.de

München, 15.1.2010
01/2010



Zur Gesamtforderung von fünf Prozent mehr, mit der die Gewerkschaften in die am 13. Januar beginnenden Tarifverhandlungen gehen, sagte Heesen: „Betrachtet man die vielen einzelnen Maßnahmen, die unter der Fünf-Prozent-Klammer stehen, dann stellt sich eher die Frage, ob das alles mit fünf Prozent vernünftig hinzukriegen ist, nicht aber, ob die Forderung unter diesen sachlichen Kriterien zu hoch sei.“ So seien in der Forderung die Nachwuchsförderung durch mehr Ausbildung und bessere Ausbildungsvergütungen, verbesserte Aufstiegsperspektiven und das Ziel einer tarifvertraglichen Altersteilzeit eingeschlossen. Zudem stehe der dbb mit seiner Forderung im Einklang mit dem Bestreben der Bundesregierung nach Wachstumsförderung. Dies setzte mehr Kaufkraft

voraus. „Und mehr Kaufkraft ist nur dort gegeben, wo die Menschen – und dazu zählen auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – mehr Geld in der Tasche haben“, so der dbb Chef. Heesen warf der schwarz-gelben Koalition „Steuersenkungswahn angesichts der Staatsschulden und der notwendigen Ausgabenentwicklung“ vor. „Die auf Bundesebene versprochenen Steuererleichterungen bedeuten zugleich Einnahmekürzungen für Länder und Kommunen“, gab er zu bedenken. Mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für das Hotelgewerbe sei einer „Klientelpolitik“ zum Durchbruch verholfen worden.

Mit Blick auf die Entwicklung des Beamtenrechts in den Bundesländern nannte Heesen die Auseinanderentwicklung im Besoldungsrecht ein „großes Ärgernis“. Lob zollte er Bayern, das das bislang umfassendste Gesetzeskonzept vorgelegt und dabei auch viele Reformvorschläge des dbb umgesetzt habe. An Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der ebenso wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zur Kölner Tagung gekommen war, richtete der dbb Chef den Appell, in

den kommenden Monaten „gemeinsam getragene Lösungen“ zu finden zu den Themen Ausbau der Leistungsbezahlung, durchlässigeres Laufbahnrecht und Trennung der Systeme im Versorgungsbereich. Zugleich müsse im Verwaltungsgeschehen Bürokratie abgebaut und Gesetzgebung optimiert werden. Dazu machte Heesen konkrete Vorschläge, etwa einen Verzicht auf die Ummeldung von Autos bei Wohnungswechsel und weniger Genehmigungsverfahren beim Bauen. (02/02/10)

Rüttgers: Bei Dienstrechtsreform eng mit Gewerkschaften zusammenarbeiten

(dbb) Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers kündigte auf der Tagung an, bei der anstehenden großen Dienstrechtsreform in NRW eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. „Wir wollen die beste Lösung für das Land. Und die werden wir nur bekommen, wenn das Land, der dbb, der DGB und die kommunalen Spitzenverbände hier eng zusammenarbeiten“, so Rüttgers. „Ich wünsche mir Dialog und nicht Konfrontation.“ In der Expertenkommission, die Rüttgers vor sechs Wochen zur Vorbereitung der Reform einberufen hat, arbeitet auch dbb Chef Peter Heesen mit.



Mit Blick auf das Thema der dbb Jahrestagung „Europa nach Lissabon – Fit für die Zukunft?“ sagte Rüttgers, das „gelebte Europa“ müsse gestärkt werden, auch im öffentlichen Dienst: „Ich möchte sie ermuntern, alle Chancen für eine stärkere Zusammenarbeit und für eigene Erfahrungen mit und in den Brüsseler Institutionen zu nutzen.“

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident zeigte sich von den bisherigen Finanzmarktreformen enttäuscht. „Außer vollmundigen Ankündigungen ist bislang viel zu wenig konkret passiert. Hier muss nachgelegt werden“, so Rüttgers. „Wir brauchen international eine schlagkräftige Banken- und Finanzaufsicht.“ Notwendig seien verbindliche Regeln für die Haftung und für die Vergütung von Managern von Banken und Unternehmen. „Diejenigen, die die Krise verursacht haben, müssen auch die Kosten mittragen.“ Dabei müsse Deutschland gemeinsam mit Ländern, die dazu bereit sind, vorangehen.

Das soziale Europa dürfe kein Lippenbekenntnis bleiben, so Rüttgers weiter. „Mehr Wachstum werden wir nur bekommen, wenn es dabei gerecht zugeht. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit sind die zwei Seiten einer Medaille.“ (03/02/10)



Jürgen Mume im Gespräch mit Ministerpräsident Rüttgers

Bundesinnenminister zur Einkommensrunde 2010: Bäume wachsen nicht in den Himmel

(dbb) Bundesinnenminister Thomas de Maizière würdigte bei seinem ersten Auftritt in Köln die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für ein funktionierendes Gemeinwesen und forderte zugleich die Gewerkschaften in der anstehenden Einkommensrunde zu einer „maßvollen Lohnpolitik“ auf.



Eine „gute, verlässliche, schnelle und unbestechliche Verwaltung“ sei ein „großer Standortvorteil für unser Land“. Der öffentliche Dienst – „das sind vor allem Menschen, Mitarbeiter im Kontakt mit Bürgern, aufmerksam und unparteiisch, helfend, sorgend und beratend“, sagte de Maizière. Ausdrücklich dankte er auch den Gewerkschaften, die sich „immer als konstruktiver, wenn auch kritischer Gesprächspartner gezeigt“ hätten. „Gerade jetzt, in der Krise ist die Zusammenarbeit gut.“

De Maizière verwies auf die am 13. Januar 2010 beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen und sagte: „Gemeinsames Ziel der Arbeitgeber und

der Gewerkschaften dabei sollte es sein, den jetzigen Stand in der Krise zu konsolidieren. Dabei wird schwerlich jemand übersehen können, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen.“ Beide Seiten sollten während der Verhandlungen „viel miteinander reden und wenig übereinander“ und seien in der schwierigen wirtschaftlichen Lage „zu einer verantwortungsvollen und maßvollen Lohnpolitik verpflichtet“.

Sparanstrengungen, die auch der öffentlichen Verwaltung bevorstehen, sollten nicht so sehr als Drohung, sondern auch als Chance gesehen werden, „Veränderungen anzustoßen und manches, was wir schon lange als reformbedürftig erkannt haben, auch anzugehen“, forderte der Minister. So müsse der demographische Wandel vorausschauend gestaltet werden. De Maizière kündigte dafür eine Gesamtstrategie der Bundesregierung an. „Wir brauchen Alte und Junge und im öffentlichen Dienst die Besten“, so der Minister. Nachholbedarf habe der öffentliche Dienst auch bei der besseren Einbindung und Förderung von Frauen und Menschen aus Zuwandererfamilien. Geprüft werden müsse zudem, wie die Attraktivität der Beschäftigungsbedingungen erhöht werden kann. „Nach meiner Auffassung gehört dazu auch eine leistungsorientierte Bezahlung. Denn gutes Personal bekommt, wer gute Leistung honoriert“, so de Maizière. Eine Rückkehr zur geförderten Altersteilzeit lehnte der Minister ab.

(04/02/10)



Jürgen Mume im Gespräch mit dem Bundesinnenminister

Ausgewogen, differenziert und wohlbegründet...

(dbb) ...nannte der SPD-Abgeordnete Sigmund Ehrmann die aktuelle Einkommensforderung des dbb. In einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Bundestagsfraktionen zur Lage des öffentlichen Dienstes am 11. Januar warnte Ehrmann zugleich vor einer Destabilisierung der Qualität öffentlicher Leistungen, zumindest auf kommunaler Ebene. Angesichts der Knappheit öffentlicher Mittel sei mit wachsendem Druck auf die Beschäftigten zu rechnen.

Auch der Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen Dr. Konstantin von Notz erwartet vehemente Auswirkungen der Schuldenbremse und der Steuersenkungen, „die niemand bezahlen kann“, für den öffentlichen Dienst. Notz sprach sich in diesem Zusammenhang eindringlich für die Lösung überfälliger struktureller Probleme des öffentlichen Dienstes aus.

Ihre Kritik an den Auswirkungen der Föderalismusreform im öffentlichen Dienst unterstrich die Abgeordnete der Fraktion Die Linke Petra Pau. Vor einer Kompetenzverlagerung im Beamtenrecht hätte zunächst die entscheidende Frage geklärt werden müssen, was in die öffentliche Daseinsvorsorge einbezogen werden soll bzw. wie diese Aufgaben finanziert werden können. Pau prognostizierte, dass in spätestens zehn Jahren das Dickicht der länderspezifischen Regelungen wieder reformiert und in bundeseinheitliche Regelungen zurückgeführt werden müsse.

Der CDU-Abgeordnete Armin Schuster hob im Zusammenhang mit dem befürchteten künftigen Nachwuchsmangel im öffentlichen Dienst das hohe Niveau und die attraktive Aufgabenstellung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst hervor. Dennoch vorhandene Imageprobleme seien Konsequenz der unzulänglichen Weise, in der die Behörden von der Politik gemanagt würden. Schuster plädierte für eine vorausschauende Personalentwicklung und eine Weiterentwicklung der Dienstrechtsreform.

Bürokratieabbau, Verwaltungsreform und Ausbau von Leistungselementen sind Punkte auf der Agenda, die die Liberalen im Deutschen Bundestag vorrangig im Laufe des Jahres nach Angaben des Abgeordneten Stefan Ruppert anpacken wollen. Überfällig sei auch eine Regelung zur Mitnahmefähigkeit beamtenrechtlicher Versorgungsansprüche bei einem Wechsel von einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zur privaten Wirtschaft.

(05/02/10)

Asselborn: Vertrag von Lissabon konkret umsetzen – Plädoyer für europäischen Mindestlohn

(dbb) Zu einer raschen und konkreten Umsetzung des Vertrages von Lissabon hat der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn aufgefordert. Die EU sei heute ein Modell der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Integration, das Vorbildfunktion für andere Regionen der Welt haben könne. „Wir haben den Vertrag von Lissabon also dringend gebraucht“, sagte Asselborn am 12. Januar 2010, dem Abschlussstag, auf der dbb Jahrestagung, die unter dem Motto „Europa nach Lissabon – Fit für die Zukunft?“ stand. Die politische Führung müsse Europa neue Ideen und einen weiteren Integrationsschub geben, indem sie die Chancen nutzt, die der Vertrag bietet.



Der Vertrag solle die erweiterte EU in die Lage versetzen, „demokratischer, schneller und effizienter zu entscheiden. Er schafft dazu eine klarere Kompetenzaufteilung, klarere Strukturen und neue Instrumente.“ Der Vertrag ver helfe dem europäischen Parlament zu weiteren Befugnissen. „Ich bin mir bewusst, dass das Verfassungsgericht in Karlsruhe eine eigene Lesart der demokratischen Legitimität des Europaparlaments hat. Diese kann ich jedoch nicht ganz teilen“, so der luxemburgische Außenminister.

Asselborn trat mit Blick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise dafür ein, „dass der freie Markt auch im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft eine Dosis staatliche Orientierung braucht“. In Europa müssten

soziale Errungenschaften abgesichert werden. „Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern eine Voraussetzung für die Wahrung und des Vermehrung des Wohlstands in Europa und somit für den Erhalt und die Verbesserung unseres Sozialmodells.“

Der Außenminister plädierte für die Einführung eines europäischen Mindestlohns. Der so genannte Niedriglohnsektor umfasse mehr und mehr Beschäftigte, in Deutschland müssten 4,5 Millionen Arbeitnehmer für weniger als 7,50 Euro die Stunde arbeiten. „Davon kann man nicht leben. Ein Europa des Wettbewerbs nach unten bei Sozial- und Arbeitsbedingungen lehne ich ab“, machte Asselborn klar. Es müsse eine europäische

Regelung getroffen werden, „die garantiert, dass in allen Mitgliedstaaten eine Lohnuntergrenze von über der Hälfte des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns gilt“.

Im Bereich der Außenpolitik sei die Erweiterung um die Länder des Balkans die große Herausforderung der Europäischen Union in der nächsten Dekade. Zur Frage des EU-Beitritts der Türkei vertrat Asselborn die Auffassung, die EU müsse die Prozeduren bestimmen und „entscheidet zu einem gewissen Moment, ob ja oder nein der Beitritt für beide Seiten abzuschließen ist“. (06/02/10)

Gestärktes Europaparlament fördert die soziale Dimension Europas

(dbb) Über die Arbeitsfelder des durch den Lissabon-Vertrag gestärkten Europaparlaments und seine Zukunftsaufgaben diskutierten auf der dbb Jahrestagung neben dem Luxemburger Außenminister Jean Asselborn auch der Außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion des EP, Elmar Brok, der Europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Axel Schäfer und der FDP-Bundestagsabgeordnete Marco Buschmann.

Das Europäische Parlament habe durch den Vertrag von Lissabon mehr Möglichkeiten erhalten, für die Belange der Bürger einzutreten. Dennoch, so Asselborn, hätten die nationalen Parlamente dadurch nicht an Einfluss verloren - eher das Gegenteil sei der Fall: „Wichtig ist es, dass die nationalen Parlamente Europa näher an die Bürger bringen.“ Europa sei zu einer zentralen Ebene nationalen Handelns geworden. Brok wies auf die Notwendigkeit hin, verstärkt über die nationalen Parlamente europäische Instrumente zu nutzen, um zum Beispiel den negativen Folgen der Globalisierung entgegenzuwirken. „Jeder Staat hat nur eine Chance, seine sozialen Standards zu wahren, wenn es im Europäischen Parlament gelingt, entsprechende Regelungen auf den Weg zu bringen.“

– die sozialen Ansprüche und Erfordernisse der Menschen in den 27 Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich seien. Auch Marco Buschmann unterstrich, dass Einheitslösungen nicht sinnvoll sind und sowohl zur Angleichung der Sozialstandards als auch bei der Aufnahme weiterer Staaten in die EU eine stringente, aber nicht überstürzte Vorgehensweise erforderlich sei. Dennoch müsse auch künftig jeder Staat, der die Bedingungen erfülle, als Vollmitglied in die EU aufgenommen werden können. Das Europa der 27 Mitgliedstaaten, relativierte Brok, müsse jedoch zunächst gefestigt werden und zu sich selbst finden, so dass ein übereilter Erweiterungsprozess, unter anderem mit Blick auf die Balkanstaaten, wenig hilfreich sei.

(07/02/10)

Diese Regelungen sollten den Charakter von Rahmenvereinbarungen tragen, weil –so Axel Schäfer



Franz Gotsis und Jürgen Mume im Plenum der Jahrestagung